

# Streit um Löhne folgt Stottern zur Bildung

**Acht Bundestagskandidaten stellen sich auf dem Podium der "Thüringer Allgemeine" in Sondershausen auch den Fragen aus dem Publikum**

Das Wahlforum der TA hatte bei den Vertretern der Parteien durchaus einen hohen Stellenwert. So ließen die FDP-Mitglieder diese Kamera laufen und zeichneten die Podiumsdiskussion komplett auf. Fotos: Dirk Bernkopf (10)

## Von Timo Götz

Sondershausen. Gleiche Chancen für Schüler in allen Bundesländern wünscht sich Josephine Ringel aus Sondershausen. Die Gymnasiastin wollte von acht Bundestagskandidaten beim Wahlforum von "Thüringer Allgemeine" am Mittwochabend im Sondershäuser Bürgerzentrum Cruciskirche wissen, wie sie dafür sorgen wollen, dass die "Besondere Leistungsfeststellung" in Thüringen als Schulabschluss künftig in ganz Deutschland anerkannt wird. Und brachte die meisten Bewerber ins Stottern. Diese Unsicherheit blieb den meisten Sondershäusern allerdings verborgen, weil nur wenige gekommen waren, um den Kandidaten auf den Zahn zu fühlen.

Manfred Grund, der für die CDU im Bundestag bleiben will, schob die Verantwortung für einheitliche Prüfungsstandards gleich auf die Kultusministerkonferenz der Länder ab. "Die müssen sich da endlich mal einigen." Jürgen Pohl (AfD) sieht die Verantwortung für wenig kompatible Abschlüsse sogar ganz allein beim Land Thüringen. Verbindliche Qualitätsstandards könne der Bund immerhin setzen, um damit die Annäherung unter den Ländern in Sachen Bildung voranzutreiben, meint SPD-Kandidat Steffen-Claudio Lemme.

Vor Gleichmacherei in der Bildung warnte FDP-Bewerber Ronald Krügel und lehnte es ebenfalls ab, Kinder lange gemeinsam lernen zu lassen. Für Chancengleichheit will er sorgen, indem er jedem Schüler Digitaltechnik im Wert von 1000 Euro zur Verfügung stellen will.

Mit seiner Haltung stand er in der Podiumsrunde allein. Das zeigte sich bereits in den Antworten auf die Frage nach der Zukunft des Kooperationsverbots in Bildungsfragen zwischen Bund und Ländern, mit der Andrea Hellmann, Leiterin der TA-Redaktionen in Sondershausen und Artern als Moderatorin die Podiumsdebatte eingeleitet hatte. Ganz klar bezog Kersten Steinke von den Linken dazu Position: "Ich werde im Bundestag weiter gegen das Kooperationsverbot kämpfen." Für ein einheitliches Bildungssystem, bei dem der Bund den Hut auf hat, plädierten die parteilosen Kandidaten Eckehart Rieth und Severin Rascopp gemeinsam mit Karl Edmund Vogt (ÖDP/Familie). "Wir müssen dabei die guten Schüler stärker fördern", meinte Rieth.

Eine recht hitzige Debatte hatte sich um das Thema Renten und Lohnentwicklung entsponnen. So äußerte Lemme Verständnis dafür, dass Pohl von einer überregionalen Zeitung als Vollposten betitelt worden sei. Pohl habe das Prinzip des Mindestlohns nicht kapiert, meinte Lemme. Angeheizt wurde die Diskussion durch die Frage aus dem Publikum, wann Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bei Renten und Einkommen aufgehoben werden. Auf einem guten Weg sieht allein Grund die Bundesrepublik in dieser Frage bereits. Die Rente werde bis 2025 angeglichen, die Löhne entwickelten sich durch den Aufschwung auch im Osten. Ein Eingreifen vom Staat etwa durch Mindestlöhne sei nicht nötig. Minimallöhne und Transferleistungen vom Staat lehnen auch Pohl und Rieth als menschenunwürdig und wirtschaftsschädlich ab.

Ganz anders sehen das Lemme, Steinke und auch Vogt. Damit die Schere zwischen Arm und Reich sich nicht weiter spreizt, müsse der Staat die Vorgaben für die vernünftige Bezahlung von Arbeitskraft setzen. Dazu gehören Mindestlöhne ebenso wie für Arbeitnehmer verträgliche Tarifabschlüsse.

Nach der Frage, was die Kandidaten im Bundestag für den Kyffhäuserkreis tun könnten, kam die Rede immer wieder auf den Ausbau der Bundesstraße 4 und deren Ortsumfahrung für Greußen. Während Grund und Krügel darin einen Aufschwung für die Region wittern und das Projekt vorantreiben wollen, würde Pohl eher auf die Bremse treten, damit auf der neuen Schnellstraße nicht noch die letzten Fachkräfte auspendeln. Sein Vorschlag, stattdessen die regionale Wirtschaft anzukurbeln, traf im Publikum auf Skepsis. Zumal Pohl auf Nachfrage konkrete Ideen schuldig blieb.

Die B 4 liegt auch Steinke am Herzen. Vor allem, weil die Ortsumfahrung die lärm- und schmutzgeplagten Greußener entlasten soll. Vogt würde dafür sorgen, dass mehr der angesammelten Steuermittel des Bundes in die Region fließen. Dafür will auch Rieth Mittel freischaufeln, indem er die Unterstützung für Zugewanderte zeitlich begrenzen würde. Von Rascopp kam die Idee, mit

Bundesmitteln den Personennahverkehr auszubauen. Lemme sieht Bedarf daran, die Attraktivität der Region zu betonen und auf Bundesebene dafür zu sorgen, dass die Juwelen des Kyffhäuserkreises stärker herausgestellt werden.